

Hoppe: Die Flucht aus den Gesundheitsberufen stoppen!

12. Landesgesundheitskonferenz NRW befasste sich mit der Lage und der Zukunft der Heil- und Pflegeberufe – „Haus der Ärzteschaft“ in Düsseldorf-Golzheim als Tagungsort

Für bessere Arbeitsbedingungen im Arztberuf hat sich die 12. Landesgesundheitskonferenz (LGK) kürzlich in Düsseldorf ausgesprochen. So sei die Belastung von Ärztinnen und Ärzten mit Verwaltungsaufgaben generell zu überprüfen, heißt es in der Resolution der Konferenz. Dazu müssten elektronische Dokumentationsverfahren weiterentwickelt werden. Alle einschlägigen rechtlichen Vorgaben seien zur Entbürokratisierung des ärztlichen Arbeitsalltags auf den Prüfstand zu stellen und zu reduzieren. Das Thema der 12. Landesgesundheitskonferenz, die im „Haus der Ärzteschaft“ tagte, lautete „Lage und Zukunft der Heil- und Pflegeberufe“.

Permanente Konflikte

„Es ist eine Flucht aus den Gesundheitsberufen registrierbar“, sagte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, bei der Pressekonferenz zur LGK. Nach seinen Worten „stimmt etwas nicht“ in den Rahmenbedingungen für die Leistungsträger im Gesundheitswesen. Der Kammerpräsident wies hin auf den „Spagat zwischen dem, was zu leisten ist, und den hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln.“

Ärzte und Pflegekräfte müssen nach seinen Worten „permanente Konflikte“ aushalten, weil sie aufgrund der knappen Ressourcen „nicht jedem einzelnen Patienten geben können, was möglich wäre“. Nicht zuletzt deswegen strebe heute etwa die Hälfte des Medizinernachwuchses nicht mehr in die patientenbezogene ärztliche Tätigkeit. Als

weitere Gründe nannte Hoppe die schlechten Arbeitsbedingungen im Krankenhaus mit zunehmender Arbeitsverdichtung, unzumutbaren Arbeitszeiten und der überbordenden Bürokratisierung des Arztberufes. Nur wenn sich hier etwas ändern, könne der Negativtrend gestoppt werden.

Expandierender Bereich

Die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Birgit Fischer schätzt die Lage deutlich optimistischer ein als Ärztepräsident Hoppe. „Wer Arbeitsplätze mit Zukunft sucht, ist im Gesundheitswesen richtig“, sagte die Ministerin. Mehr als eine Million Menschen arbeiten nach ihren Angaben in Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens in NRW.

Auch in Zukunft sei das Gesundheitswesen ein expandierender Bereich. Fischer: „Das Gesundheitswesen ist die Wachstumsbranche schlechthin in Nordrhein-Westfalen.“ Seit 1985 seien in NRW mehr als 175.000 neue Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich entstanden. Angesichts der demografischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts werde der Personalbedarf weiter wachsen. Daher

gelte es, „die hohe Attraktivität der medizinischen Berufe zu sichern“.

Fischer bestritt aber einen aktuellen Ärztemangel und auch einen Mangel an Pflegepersonal in NRW. Die Ministerin räumte ein: „Wir müssen heute reagieren, damit wir kein Problem bekommen.“ Sie nannte einige Alarmzeichen, die auch in der Resolution der LGK dokumentiert sind:

- Der Anteil der Ärztinnen und Ärzte, die derzeit älter als 60 Jahre sind und demnächst aus dem Beruf ausscheiden, ist mit rund neun Prozent überproportional hoch.
 - Nur 2.900 von 3.850 Medizinabsolventen (77 Prozent) gingen im Jahre 2001 in die Patientenversorgung, fast ein Viertel wendete sich anderen Berufsfeldern zu.
- Neben der Entbürokratisierung des Arztberufs sieht die Landesgesundheitskonferenz ein geändertes Arbeitszeitrecht und ergänzende innovative Arbeitszeit- und Organisationsmodelle als geeignet an, um die medizinischen Berufe attraktiver zu machen. Ärztinnen sollen nach dem Willen der Konferenz künftig Familie und Beruf besser vereinbaren können, zum Beispiel durch arbeitsplatznahe Kinderbetreuung, mehr Teilzeitstellen oder eine Befreiung vom Nachtdienst. *Horst Schumacher*

Die Landesgesundheitskonferenz NRW

dient der partnerschaftlichen Abstimmung von gesundheitspolitischen Zielen und Handlungskonzepten zwischen allen in NRW am Gesundheitswesen Beteiligten. Die Teilnehmer der Konferenz diskutieren gesundheitspolitische Themen von grundsätzlicher landespolitischer oder bundespolitischer Bedeutung. Auf ihren Sitzungen verabschiedet die Landesgesundheitskonferenz Entschlüsse und Empfehlungen, welche die Mitglieder dann in eigener Zuständigkeit umsetzen.

Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz sind unter anderem die Ärztekammern und die anderen Heilberufskammern, die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen, die Rentenversicherungsträger, die Krankenhausgesellschaft, die Freie Wohlfahrtspflege, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen. Weitere Informationen einschließlich der Entschlüsse der Konferenz im Internet unter www.mfffg.nrw.de/gesundheit/medizin/konferenz/index.htm. *uma*